
Freie Demokraten Limburg

RATHAUS GEHÖRT INS STADTZENTRUM

25.01.2021

Die FDP-Fraktion fordert die Rückverlagerung der städtischen Verwaltung ins Stadtzentrum. Die Liegenschaft „Stadthaus“ im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Mundipharma GmbH soll verkauft werden. Einen entsprechenden Antrag hat die FDP-Fraktion für die nächste Sitzung der Limburger Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

- Rathaus gehört ins Stadtzentrum
- Innenstadt jetzt sofort stärken
- Stadtverwaltung als Vorbild

„Nach einem Jahr Corona-Pandemie mit Teil-Lockdown und nun auch wieder fortdauerndem Lockdown für Geschäfte und Gastronomie müssen wir die Kraft aufbringen, Entscheidungen aus der Vergangenheit zu hinterfragen. Viele Geschäfte geraten immer stärker unverschuldet in eine existentielle Krise. Weitere Leerstände sind zu befürchten. Die Limburger Innenstadt droht ihre Lebendigkeit zu verlieren, auch wenn Corona einmal überwunden sein wird. Deshalb muss jetzt gehandelt werden! Eine Neuentscheidung für die Verlagerung der Dienststellen in die Innenstadt wäre ein starkes Zeichen der Stadtverordnetenversammlung zur richtigen Zeit und ein dringend notwendiges Bekenntnis zur Innenstadt mit Symbolcharakter“, so die FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Schardt-Sauer.

Doch nicht nur die Corona-Krise habe die Lage verändert. Das sogenannte Conference Center sei für die FDP-Fraktion im Jahr 2018 ein ganz wesentlicher Faktor gewesen, um für eine Verlagerung von städtischen Dienststellen in die ehemaligen Verwaltungsgebäude von Mundipharma zu stimmen. „Das Konferenzzentrum hatte alle Voraussetzungen für einen modernen und zeitgemäßen Tagungsbetrieb geboten. Sitzungsbetrieb, zeitgemäße und technisch anspruchsvolle

Besprechungen und auch ein Ausbau des Kongressstandortes Limburg in Ergänzung und Verknüpfung mit der Stadthalle wären möglich gewesen“, führt Schardt-Sauer aus. Stattdessen habe die Stadt gegen den Willen und die Stimmen der FDP-Fraktion das Conference Center verkauft. In den verbliebenen neuen Räumlichkeiten gebe es nun kaum Tagungskapazitäten; es finde ein reger, vollkommen ineffizienter und für die Steuerzahler teurer Pendelverkehr zwischen den Standorten Innenstadt und Stadthaus statt. Gleichzeitig stehe das Neue Rathaus in der Innenstadt leer und nach fast zwei Jahren sei immer noch über keine Folgenutzung entschieden oder auch nur eine entsprechende Ausschreibung erfolgt.



„Die bisherige Trägheit der Rathausspitze lässt sich nun noch positiv nutzen und eröffnet die Chance, der aktuell krisenhaften Situation Rechnung zu tragen: Jetzt muss Tempo aufgenommen werden, um das Neue Rathaus zukunftsfest zu machen für eine Rückverlagerung und den dauerhaften Verbleib der Verwaltung in der Innenstadt“, fordert Schardt-Sauer. Das Neue Rathaus sei immer noch im Besitz der Stadt, so dass

notwendige Neu- und Umbauten sofort beginnen könnten und eine Sanierung im Rekordtempo möglich wäre, wenn man damit Externe beauftrage.

Mit den nach Abschluss der Baumaßnahmen zurückkehrenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstehe wieder mehr Leben im Umfeld des Rathauses wie auch Nachfrage für den örtlichen Handel und die Geschäfte der Innenstadt. Gleichzeitig bedeute die Rückverlagerung ein starkes Bekenntnis zur Innenstadt mit hohem Symbolwert für Limburg, seine Bürger und Unternehmen. Bei einer Veräußerung des Stadthauses im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Mundipharma GmbH fließe Kapital zurück in die Stadtkasse. Zugleich entstünden Anreize für neue Unternehmensansiedlungen in einem für Unternehmen hochattraktiven Gebiet in unmittelbarer Anbindung zur B 49 und den Autobahnzubringern. Gerade im Umfeld von Offheim-Dietkirchen würden Gewerbegebäude immer stärker nachgefragt, während die Ausweisung notwendiger Flächen für die Ansiedlung von Unternehmen vor Ort immer häufiger auf Widerstand stoße. Freiwerdende attraktive Räume in einer erstklassigen Lage für Unternehmen seien deshalb auch im Interesse der Umwelt, der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und von Arbeitsplätzen, die hier neu entstehen könnten, machte Schardt-Sauer deutlich. „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt zum Handeln. Wir müssen jetzt den Bürgerinnen und Bürgern, den Geschäftsinhabern und Gastronomen das Signal geben, dass die Politik vor Ort der Krise etwas entgegengesetzt und die Innenstadt stärkt“, betonte die FDP-Politikerin.

Antrag: Rathaus Innenstadt